

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

P/XVE/243 - 27. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Tauziehen ohne Ende</u> Nach der Unterbrechung der Koalitionsverhandlungen Von Franz Barsig	48
2	<u>Berliner Friedrichstrasse</u> Eine neue Kraftprobe des Zonenregimes	37
3 - 4	<u>Mangel an politischem Fakt</u> Geschäftsführende Bundesregierung täuscht FDP Von Wolfgang Jensen	59
5	<u>Abschied von Kurt Lichtenstein</u> Die Verpflichtung für die Lebenden	40
6	<u>Ein Mentor für die Jugend</u> Verdiente Ehrung Theodor Haubachs	47

\* \* \* \*  
\* \* \*

## Tauziehen ohne Ende

Von Franz Barsig

Die beiden streitenden Parteien, deren erklärtes Ziel es war, die Sozialdemokraten auf jeden Fall und unter allen Umständen von der Regierungsverantwortung fernzuhalten - Dr. Mende bezeichnete es "als die Häufung aller Übel, wenn die SPD an die Macht gekommen wäre" -, werden voraussichtlich das Wochenende und vielleicht auch den Wochenanfang dazu benutzen, um sich gegenseitig die Schuld an der Unterbrechung der Koalitionsverhandlungen zuzuschreiben. Für die Nachrichtenagenturen wird das sicherlich Stoff für einen munteren Meldungskrieg abgeben, geholfen ist damit niemandem, vor allem nicht dem deutschen Volk in seiner bedrängten Lage.

Auf jeden Fall haben die Verhandlungsunterbrechung und die dabei zutage getretenen Umstände gezeigt, dass der Geist, in dem die Verhandlungen geführt wurden, um sich "einig" zu werden, denkbar schlecht ist. Wer schon vor der Koalitionsbildung mit Rosstäuschertricks arbeitet, der wird einfach die Belastungen, die sich nach der Regierungsbildung ergeben, nicht ertragen können.

Wir haben jetzt den Tatbestand zu verzeichnen, dass sechseinhalb Wochen nach der Bundestagswahl, in einer der gefährlichsten Perioden deutscher Nachkriegspolitik, keine verantwortliche Regierung besteht. In Berlin züngeln die Flammen des kalten Krieges, in Moskau und Washington wird Weltpolitik gestaltet, die deutsche Politik aber ist nicht imstande, sich zum Nutzen der ihr anvertrauten Menschen einzuschalten. Eine betrübliche Situation, bei der völlig unangebracht der Parteiegoismus auf beiden Seiten Triumphe feiert.

Aber statt nun zur Einsicht zu kommen, geht das Manipulieren weiter und schon haben sich wieder erste Stimmen geregt, die auch die Sozialdemokraten in dieses böse Spiel einbeziehen möchten. Diese Partei aber denkt nicht daran, hier mitzurufen. Von ihr wird jeder, der an sie hertritt, die gleiche Antwort erhalten wie vor sechs Wochen.

1. Die SPD war und ist der Auffassung, dass die innen- und aussenpolitischen Probleme am besten von einer All-Parteien-Regierung gemeistert werden können.
2. Die SPD denkt nicht daran, in Gesprächen oder möglichen Verhandlungen, mit wem immer sie auch geführt werden sollten, die eine Partei gegen die andere auszuspielen.
3. Auch nach sechs vertanen Wochen hat an der Spitze die innen- und aussenpolitische Bestandsaufnahme zu stehen, die von allen drei Parteien möglichst gemeinsam vorgenommen werden sollte.
4. Erst nachdem das geschehen ist, ist es überhaupt möglich, Personenfragen zu erörtern, denn aus dem Feststellen, was ist und dem gemeinsamen Erarbeiten, was geschehen muss, ergeben sich dann zwangsläufig auch personelle Konsequenzen.

Niemand kann zur Stunde sagen, ob sich Einsicht und Vernunft durchsetzen werden oder ob man weiter an einer Konstruktion bastelt, von der man - bevor sie in der Praxis gebaut würde - schon von der Statik her weiss, dass sie nicht halten wird. Doch das ist die Entscheidung der anderen. Die SPD kann nach gewissenhafter Prüfung nur sagen, was sie für richtig hält und wie sie glaubt, dass man vorgehen müsste. Jede andere Aussage über sie, das sei von vornherein gesagt, wäre falsch.

## Berliner Friedrichstrasse

sp - An der Berliner Friedrichstrasse häufen sich die Zwischenfälle. Auf beider Seiten ist es in den letzten Tagen zu Panzeraufmärschen gekommen, ausgelöst durch die Weigerung der kommunistischen Volkspolizei, Westalliierte in Zivil in den Ostsektor zu lassen. Westalliierte in Uniform haben dagegen keine Schwierigkeiten, sie können durch das Loch in der Schandmauer in den Ostsektor fahren, wohin sie wollen.

Nun sind auch auf der anderen Seite zum erstenmal, seit es diese Zwischenfälle gibt, Panzerwagen der sowjetischen Besatzungsarmee aufgeföhren. Damit zeigen die Russen, dass sie sich doch noch verantwortlich für das Föhlen, was im Ostsektor der geteilten Stadt geschieht. Bildlich gesprochen: Das Loch in der Mauer an der Berliner Friedrichstrasse ist gewissermaßen der Überrest des Vier-Mächte-Status dieser Stadt, den zu beseitigen Herr Ulbricht anstrebt, den zu erhalten die Westmächte aber bereit sind, während die Sowjetunion diplomatisch auf höherer Ebene sich noch äussern muss. Durch den Aufmarsch sowjetrussischer Panzerwagen wird aber zumindest - wenn zunächst auch nur gefährlich-militärisch - die Verantwortung Moskaus sichtbar. Den Vopos dürfte nicht allein gestattet werden, sich mit den Amerikanern anzulegen.

Ulbricht versucht offenbar dadurch, dass er Westalliierten in Zivil den Zugang in den Ostsektor verwehren will, ein Präjudiz zu schaffen. Er handelt nach dem Muster der berüchtigten Salami-taktik, eine Scheibe nach der anderen von den alliierten Rechten in ganz Berlin abzuschneiden, bis diese auf dem Nullpunkt zusammengeschrumpft sind. Gelänge ihm dies, wäre das der Anfang des Endes eines freien Zuganges der Alliierten von der Bundesrepublik nach Westberlin. Aber genau das ist die Linie, die zu überschreiten Ulbricht nicht gestattet sein dürfte.

Hier geht es um elementare, das Prestige der USA und ihrer Verbündeten berührenden Grundsätze und Verpflichtungen.

Wie ernst die Vereinigten Staaten die durch Ulbrichts Provokationen entstandene Lage beurteilen, geht aus dem Auftrag ihres Moskauer Botschafters Thompson hervor, nun direkt mit der Sowjetunion über die Beilegung dieser Zwischenfälle zu verhandeln. Die USA wollen es gewiss nicht zum Biegen und Brechen kommen lassen, aber Ulbricht andererseits nicht den Gefallen erweisen, die letzten Reste des Vier-Mächte-Status aus der Welt zu schaffen. So hat Moskau nicht nur allein von Thompson den Protest entgegengenommen, mit ihm ist gleichzeitig die Bereitschaft der USA verbunden, der Entwicklung in Berlin ihre Schärfe zu nehmen.

Mangel an politischem Takt

Von Wolfgang Jansen

Das "Wirtschaftsbild", das schon mehr als einmal unliebsames Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte, veröffentlichte in seinem "Bild und Kurzdienst" vom 24. Oktober, dass die Amtszeit des Staatssekretärs Dr. Ludger Westrick von der geschäftsführenden Bundesregierung bis Ende Oktober 1962 verlängert worden sei. Dr. Westrick hat die Altersgrenze längst erreicht und hätte eigentlich Ende Oktober dieses Jahres in den Ruhestand treten müssen.

In normalen Zeiten wäre das nichts Besonderes. Nach § 41 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes kann die Bundesregierung die Dienstzeit eines Beamten, der die Altersgrenze erreicht hat, bis zu jeweils einem Jahr verlängern. Erst wenn der Beamte das 70. Lebensjahr vollendet hat, ist eine solche Verlängerung nicht möglich - es sei denn, es handele sich um einen Bundeskanzler.

Es lohnt sich, diesen Gedanken noch einmal präzise auszusprechen: Bei einem normalen Beamten, selbst einem Staatssekretär, unterstellt der Gesetzgeber, dass man vom 65. Lebensjahr ab mindestens alle Jahre einmal prüfen muss, ob er noch die Verantwortung für seine Tätigkeit zu tragen vermag. Ein Bundeskanzler hingegen kann noch zwanzig Jahre länger antieren, selbst wenn er einen Koalitionsvertrag akzeptiert, gegen den er anschliessend selbst vor seinen Parteifreunden zu Felde zieht.

Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Wir haben zur Zeit nur eine geschäftsführende Bundesregierung und aller Wahrscheinlichkeiten zum Trotz weiss heute noch niemand mit absoluter Gewissheit, wie die nächste "normale" Bundesregierung aussehen wird. Diese geschäftsführende Bundesregierung aber verlängert die Dienstzeit eines Beamten für eine Zeit, in der sie als geschäftsführende Regierung nicht mehr existent sein wird. Sie halst also ihrer Nachfolgerin einen

Mann auf, von dem sie nicht weiss, ob die neue Bundesregierung ihn auch haben will.

Damit soll nichts gegen Herrn Dr. Westrick gesagt sein, aber alles gegen eine so handelnde geschäftsführende Bundesregierung, deren Rechte in der Literatur umstritten sind. Der Kommentator Giesen vertritt beispielsweise die Auffassung: "Eine geschäftsführende Regierung hat die notwendigen Entscheidungen zu treffen, wichtige aber, soweit aufschiebbar, auszusetzen." Nach Giesens Meinung also hat die geschäftsführende Bundesregierung im Fall Westrick klar ihre Kompetenzen überschritten.

Andere Kommentatoren sind milder: Von Mangold beispielsweise be-ruft sich auf Anschütz, der seinerseits meint, eine geschäftsführende Regierung habe zwar - formal - alle Rechte; wieweit sie aber davon Gebrauch mache, sei - wörtlich - "eine Frage des politischen Taktas".

Und an dem mangelt es der geschäftsführenden Bundesregierung im Falle Westrick ohne jeden Zweifel. Niemand hätte etwas dagegen gehabt, wenn die geschäftsführende Regierung die Amtszeit zunächst einmal vier oder acht Wochen verlängert und die definitive Entscheidung der neuen Regierung überlassen hätte. Was jetzt geschah, ist entweder eine klare Kompetenzüberschreitung oder zumindest ein Mangel an politischem Takt..

Warum die Eile? Befürchtete man etwa, dass der ins Auge gefasste Koalitionspartner Anspruch auf einen Nachfolger für Dr. Westrick erheben würde? Mussten mit Blickrichtung auf die Freien Demokraten vollendete Tatsachen geschaffen werden, um ihnen einen effektiven Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu versagen? Das wirft erneut ein bezeichnendes Schlaglicht auf die innere Einstellung, mit der die CDU/CSU in diese Koalition hineingeht: Mit dem Bestreben, den Partner, wo immer es geht und möglichst oft, zu übertölpeln und zu täupieren.

+ + +

### Abschied von Kurt Lichtenstein

U.B. - Abschied von Kurt Lichtenstein - die Tragödie dieses Mannes wurde am Donnerstag noch einmal vor aller Augen sichtbar, als sich Hunderte von Menschen auf dem Dortmunder Hauptfriedhof zu einer Totenfeier für den erschossenen Chefreporter der "Westfälischen Rundschau" zusammenfanden. Aber die Urne, die Kurt Lichtensteins Asche birgt, war noch immer nicht eingetroffen. So mußte ein überlebensgroßes Bild die Gegenwart des Toten heraufbeschwören und zugleich die Erinnerung an jenen 12. Oktober 1961 an der Zonengrenze, als die Schüsse der Volkspolizei Kurt Lichtenstein niederstreckten.

Was bleibt nach seinem Tod? Bundesminister Lemmer warnte vor der Phrase, Kurt Lichtensteins Sterben sei nicht vergebens gewesen, denn erst die Zukunft werde zeigen, ob wir dieses Opfers würdig waren. Und Herbert Wehner sagte, dieser Tod sei die Konsequenz des Konflikts zwischen dem Todesmut dessen, der die Wahrheit sucht und nichts als die Wahrheit, und dem seelenlosen Übermut jener, die erklären ließen, ihre Menschlichkeit sei in ihren Waffen verkörpert.

In dieser Gedenkstunde weitete sich der Schmerz über den Tod Kurt Lichtensteins zur Trauer um die vielen Toten, die die Sektoren- und Zonengrenze in den vergangenen Wochen gefordert hat. Aber Kurt Lichtensteins Sterben gebührt ein besonderer Platz, weil es ihm schwerer gemacht worden war, zu Deutschland, zu seinem Volk zu finden als anderen. An seinem Leben zeige sich, sagte Herbert Wehner, daß in der Stunde der Gefahr Deutschlands ärmste Söhne auch seine treuesten seien. Denn Deutschland - das seien heute nicht allein die Mahnmale der Vergangenheit oder das offizielle Deutschland, sondern eben die guten Kräfte, deren leidvolle Vergangenheit ein besonderes Verhältnis zur Gegenwart dieses Landes begründete. Kurt Lichtenstein habe das Wort Kurt Schumachers, es gelte in Deutschland eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern, als lebendiges, schmerzvoll erfahrenes Vermächtnis empfunden.

Den Radnern dieser Gedenkstunde wurde das Sprechen schwer. Es war, als werde die Verpflichtung, die der Tote den Lebenden aufbürdete, zu einer übermenschlichen Last, als würden die üblichen Phrasen, die man bei solcher Gelegenheit benutzt, fadenscheinig und hohl vor dem Hintergrund der Tragödie Kurt Lichtensteins. Kurt Lichtenstein stark auf Befehl jener Menschen, die lange Jahre hindurch seinen Lebensweg gekreuzt, sein Denken und Fühlen zu bestimmen suchten. Auf die Frage, die damit gestellt war, gab es keine Antwort in gültigen Formeln, wohl aber das Erschrecken über die deutsche Katastrophe, die immer deutlicher vor unser aller Augen sichtbar wird.

### Ein Mentor für die Jugend

H.G.S. - Berlin-Lichtenrade, der Südteil des Bezirks Tempelhof, Wohnort mancher Künstler und Journalisten schon in früheren Jahren, so auch Wohnsitz der Käthe Kollwitz, hatte die Ehre, seiner dritten Oberschule praktischen Zweiges den Namen eines hervorragenden deutschen Widerstandskämpfers gegen den Ungeist der Hitlerzeit geben zu können: Theodor-Haubach-Schule. Die Namensgebung war von dem Schulleiter Klatt, jetzigem Schulrat im Bezirk Tiergarten, angeregt worden und wurde einmütig von Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft beschlossen.

Zu der würdigen Haubach-Gedenkstunde mit der Namensgebung waren Verwandte und Freunde Haubachs nach Berlin gekommen, unter ihnen seine Witwe, Frau Anneliese Haubach-Schellhase, Eugen Gerstenmaier und Carl Luckmayer, zwei engere Freunde des am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee Hingerichteten, Übersandten Grußbotschafter, in denen ein Gedenken für den "aufrechten deutschen Sozialisten", den "brüderlichen Gefährten aller, die sich um die Rettung Deutschlands mühten", für den "Erzieher zum Geist und zum Leben, für den Humanisten Haubach" aufklang. Die feierliche Namensgebung stand im Zeichen des Bekenntnisses dieses dynamischen Sozialdemokraten: "Wo immer Deutschland in Not stand, da stand auch ich".

Die Festrede hielt der erge Freund Haubachs bis in die Tage des Schweizer Exils 1933, Senatsdirektor a.D. Dr. Hans Hirschfeld. Er kennzeichnete den Sozialpolitiker aus dem Darmstädter Bürgerhaus, der nach dem Heidelberger Studium der Philosophie in Hamburg und Berlin den Kampf für die Republik und die Sozialdemokratie führte, als einen der Menschen, die "das heilige Recht des Widerstandes gegen den Ungeist in höchster sittlicher Verantwortung ergriffen." Hirschfeld sagte, daß ein Bekenntnis zum Widerstand heute noch ein Abtragen der historischen Schuld Deutschlands bedeute und erinnerte an das Wort von Theodor Heuß aus dem Jahre 1954: "Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst".

Das Bildnis des Menschen Haubach ergänzte der schlesische Schriftsteller und Gerhart-Hauptmann-Begleiter, Dr. Gerhart Pohl. Pohl hob die Dynamik des Hesses hervor, der im Kreisauer Widerstandskreis seine letzte Wirkungsebene fand, die schließlich vor den Abgrund des Volksgerichtshofes führte. Mit der Worte des Dichters kennzeichnete Pohl die seherische Perspektive an Haubach, wie er sie damals erfüllt und visionär erlebt hatte.

Die jungen Menschen, die einen praktischen Bildungsweg ins Leben gewählt haben, werden nun im Geiste Haubachs in ihre Zukunft gehen. In der Feierstunde wurden auch die Schatten der jetzigen Berliner Situation beschworen; Pohl sprach von Ulbrichts Schandmauern und davon, wo Haubach zweifellos heute stehen würde. Bedrückend wurde auch in dieser provinziellen, aber doch über Berlin hinausreichenden Namensgebungsfeier bewußt, in welche große seelische und politische Not die Männer des Reiches des Ungeistes das deutsche Volk geführt haben. Dr. Theodor Haubach, der sich opferte, um ein Licht in der Finsternis leuchten zu lassen und die Finsternis zu wenden, wird den jungen Menschen auf ihrem gewiß nicht leichten Lebensweg in Zukunft Beispiel sein können.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler